

Kapitel

Initiator*innen: Vorstand (dort beschlossen am: 07.05.2026)

Titel: **Demokratie stärken, Vielfalt leben –
Braunschweig weltoffen**

Text

1 Unsere Demokratie ist das lebendige Versprechen, dass wir gemeinsam über unsere
2 Zukunft entscheiden. Doch dieses Versprechen steht unter Druck. Wir spüren, wie
3 verschiedene Akteure versuchen, das Vertrauen in unser Miteinander zu
4 untergraben. Wir Grüne sehen uns als Teil einer starken und resilienten und
5 vielfältigen Stadtgesellschaft, die Haltung zeigt und ein Zuhause für Menschen
6 aus über 170 Nationen bildet. Diese Vielfalt prägt unsere Identität und gehört
7 für uns untrennbar zu unserer lebendigen Demokratie. Daher setzen wir uns für
8 vielfältiges Braunschweig ein, in dem alle ohne Angst verschieden sein können.
9 Integration ist daher keine bloße Verwaltungsaufgabe, sondern Grundlage für ein
10 solidarisches Zusammenleben.

11 **1. Haltung zeigen: Für eine wehrhafte Demokratie und Resilienz**

12 Eine wehrhafte Demokratie braucht keine bloße Verwaltung, sondern eine aktive
13 Förderung der Zivilgesellschaft und eine klare Kante gegen jede Form von
14 Verfassungsfeindlichkeit. Wir wollen ein Braunschweig, das Haltung zeigt und dem
15 Rechtsruck entschlossen die Stirn bietet.

- 16 • **Demokratiebildung von Anfang an:** Wir wollen Demokratie als Ort der
17 Selbstwirksamkeit erfahrbar machen. Wir setzen uns für Projekte ein, wie
18 beispielsweise Planspiele in Kitas und anderen Einrichtungen, die
19 vermitteln, wie Partizipation funktioniert und wie man die eigene Umgebung
20 aktiv mitgestalten kann. Nur wer frühzeitig lernt, dass die eigene Stimme
21 zählt, entwickelt ein dauerhaftes Vertrauen in unsere demokratischen

22 Prozesse.

- 23 • **Prävention gegen Rechtsextremismus:** Wir setzen auf eine starke Brandmauer
24 gegen Rechts. Deshalb unterstützen wir konsequent den durch uns
25 miteingebrachten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und fordern dessen
26 zügige Umsetzung.

- 27 • **Demokratiearbeit dauerhaft sichern:** Wir setzen uns dafür ein, dass das
28 Programm „Demokratie leben!“ weiterhin durch den Bund finanziert und die
29 Finanzierung der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus durch das Land
30 gesichert wird. Diese Strukturen sind unverzichtbar, um antidemokratischen
31 Tendenzen dort zu begegnen, wo sie entstehen, und die Zivilgesellschaft
32 vor Ort zu stärken.

- 33 • **Keine Zusammenarbeit mit Verfassungsfeind*innen und Antidemokrat*innen:**
34 Für uns gibt es keine Normalisierung von Antidemokrat*innen. Wir lehnen
35 jegliche Kooperation mit rechtsextremen oder anderen antidemokratischen
36 Parteien im Rat strikt ab. Zudem stellen wir sicher, dass Vereine, die
37 rechtes Gedankengut verbreiten, keine städtische Förderung erhalten.
38 Steuergelder dürfen niemals zur Untergrabung unserer demokratischen Werte
39 verwendet werden.

- 40 • **Antidiskriminierung und religiöse Vielfalt:** Wir stehen für ein
41 Braunschweig, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. Wir
42 fordern den Ausbau einer möglichst unabhängigen Antidiskriminierungsstelle
43 sowie Schulungen für die Verwaltung zum rassismuskritischen Arbeiten. Wir
44 setzen uns für den interreligiösen Dialog ein und stellen uns jeder Form
45 von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus entschlossen entgegen.

- 46 • **Dialog mit Polizei und Stadtgesellschaft stärken:** Wir wollen den Austausch
47 zwischen Polizei, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und
48 besonders von Diskriminierung betroffenen Gruppen verbessern. Regelmäßige
49 Gesprächsformate, feste Ansprechpersonen und gemeinsame Präventionsarbeit
50 können helfen, Vertrauen aufzubauen, Vorurteile abzubauen und Konflikte
51 frühzeitig zu erkennen.

- 52 • **Solidarität mit zivilgesellschaftlichem Engagement:** Wir solidarisieren uns
53 mit gewaltfreien Strukturen wie den „Omas gegen Rechts“ oder dem „Nexus“.
54 Wir wehren uns entschieden gegen deren Kriminalisierung unter dem Vorwand
55 eines falsch verstandenen Neutralitätsgebots. Wer sich für Demokratie und
56 gegen Faschismus einsetzt, verdient den Schutz und die Unterstützung der
57 Stadt.

- 58 • **Lebendige Erinnerungskultur:** Wir fordern den Erhalt und Ausbau städtischer
59 Gedenkstätten. Eine aktive Aufarbeitung der Faschismusverbrechen und die
60 Würdigung des Widerstands sind für uns die notwendige Basis, um die
61 demokratische Resilienz unserer Stadtgesellschaft für die Zukunft zu
62 festigen.

63 2. Braunschweig als Stadt des Willkommens

64 Braunschweig ist eine Stadt, in der heute schon fast jede*r dritte Einwohner*in
65 eine Migrationsgeschichte hat – bei den Kindern und Jugendlichen ist es sogar
66 die Hälfte. Wir begreifen diese Vielfalt als unsere Stärke. Ganze Branchen und
67 die Identität unserer Region wurden und werden maßgeblich durch Einwanderung
68 geprägt – von der Geschichte der Gastarbeiter*innen in der produzierenden
69 Industrie bis hin zu den Fachkräften von heute. Als „Sicherer Hafen“ bekennen
70 wir uns zudem ausdrücklich zu unserer humanitären Verantwortung für Menschen auf
71 der Flucht. Dabei ist eine erfolgreiche Integration für uns keine bloße
72 Verwaltungsaufgabe, sondern eine wesentliche Säule für den Wohlstand und den
73 sozialen Zusammenhalt.

- 74 • **Vom Integrations- zum Inklusionsplan:** Wir wollen den veralteten
75 Integrationsplan unter direkter Mitwirkung von Einwohner*innen mit
76 (familiärer) Migrationsgeschichte zu einem echten Inklusionsplan
77 weiterentwickeln. Dabei stärken wir die politische Teilhabe konsequent und
78 entwickeln den Ausschuss für Vielfalt und Integration in eine neue Form
79 mit echter Gestaltungskraft weiter. Unser Ziel ist es sicherzustellen,
80 dass Betroffene zu echten Akteur*innen der Stadtpolitik werden.

- 81 • **Gelebte Partizipation und Selbstverwaltung:** Gelungene Integration geht für
82 uns untrennbar mit Teilhabe einher. Wir setzen uns daher für die
83 Wiederbelebung des Hauses der Kulturen / Hauses der Vielfalt als Herzstück
84 des interkulturellen Lebens ein. Auch unter der temporären Trägerschaft
85 der VHS muss sichergestellt bleiben, dass dieser Ort ein Raum der echten

86 Beteiligung ist, den migrantische Verbände maßgeblich prägen.
87 Mittelfristig wollen wir das Haus wieder in die migrantische
88 Selbstorganisation überführen.

- 89 • **Fortbildung als Schlüssel:** Sprache ist die Grundvoraussetzung für
90 Selbstbestimmung und gesellschaftliches Ankommen. Wir setzen uns für den
91 uneingeschränkten Zugang zu Sprachkursen ab dem ersten Tag in Braunschweig
92 ein.

- 93 • **Haltung statt Stigmatisierung:** Unser Bekenntnis zum „Sicheren Hafen“ ist
94 gelebte Praxis. Wir stehen fest zur bestehenden Schiffspatenschaft und
95 wehren uns entschieden dagegen, Politik auf dem Rücken von Geflüchteten zu
96 machen. Wir lehnen diskriminierende Instrumente auf kommunaler Ebene, wie
97 die Einführung der Bezahlkarte oder Arbeitspflichten für Geflüchtete,
98 strikt ab. Wir setzen auf Unterstützung statt auf Stigmatisierung.

- 99 • **Gewaltschutz für Geflüchtete:** Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir
100 fordern ein verbindliches Gewaltschutzkonzept für alle kommunalen
101 Unterkünfte, um insbesondere vulnerable Gruppen zu schützen.

- 102 • **Internationale Solidarität und vielfältige Stadtgesellschaft:** Wir stehen
103 zu unserer Verantwortung in einer vernetzten Welt. Unsere Solidarität gilt
104 allen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Klimafolgen fliehen. Wir
105 setzen die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Vereinen wie Poldeh, der
106 Freien Ukraine und vielen weiteren Organisationen fort, die wertvolle
107 Brücken in ihre Herkunftsregionen schlagen. Da sie unverzichtbare
108 Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbringen, wollen wir diese Arbeit
109 finanziell langfristig absichern. Gleichzeitig stärken wir wichtige lokale
110 Strukturen wie Refugium, frauenBUNT und interkulturelle Gärten, die das
111 Fundament für ein solidarisches Miteinander in Braunschweig bilden.

112 3. Queeres Leben stärken – sichtbar, sicher, solidarisch

113 Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität
114 sind ein selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft. Eine vielfältige
115 und gerechte Entwicklung in Braunschweig erfordert den konsequenten Schutz vor

116 Diskriminierung und Gewalt, die strukturelle Förderung von Sichtbarkeit und
117 Akzeptanz sowie die aktive Unterstützung queerer Beratungs-, Kultur- und
118 Communitystrukturen als festen Bestandteil kommunaler Vielfaltspolitik.

119 • **Sichere Finanzierung von Hilfe- und Unterstützungsstrukturen:** Unser Ziel
120 ist es, eine dauerhafte Finanzierung für die Trans Beratungsstelle
121 (tra*BS) und der weiteren queerer Beratungs- und Unterstützungsangebote
122 sicherzustellen. Dazu zählen neben dem VSE unter anderem die
123 Braunschweiger AIDS-Hilfe und die Koordinationsstelle LGBTQI* der Stadt
124 Braunschweig.

125 • **Zusammenhalt sichtbar machen:** Wir setzen uns für das ganzjährige Hissen
126 der Regenbogenflagge am Rathaus ein und unterstützen den CSD in
127 Braunschweig. Bei der Benennung von Straßen und dem Aufstellen von
128 Denkmälern unterstützen wir die Berücksichtigung queerer Personen. Wir
129 befürworten, dass in Braunschweig Stolpersteine zur Erinnerung an die
130 Verfolgung queerer Menschen durch die Nationalsozialisten verlegt werden.

131 • **Queere Perspektiven mitdenken:** Queere Perspektiven müssen in kommunalen
132 Planungs- und Beteiligungsprozessen dauerhaft mitgedacht werden. Dafür
133 wollen wir bestehende Strukturen wie die LGBTQI*-Stelle der Stadt
134 Braunschweig und die Beteiligung im Ausschuss für Vielfalt und Integration
135 sichern und stärken. Verwaltungsverfahren, städtische Veranstaltungen und
136 Öffentlichkeitsarbeit sollen diskriminierungssensibel und inklusiv
137 gestaltet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt ihre
138 Zusammenarbeit mit bestehenden Ansprechstellen, Beratungsangeboten und
139 Bildungsträgern fortführt und queere Perspektiven dort sichtbar bleiben,
140 wo kommunales Handeln Menschen direkt betrifft.

141 **4. Inklusives Braunschweig - Barrierefreiheit als Standard**

142 Menschen mit Beeinträchtigung sind ein selbstverständlicher Teil unserer
143 Stadtgesellschaft – eine gerechte und vielfältige Entwicklung in Braunschweig
144 gelingt nur, wenn Inklusion konsequent als Querschnittsaufgabe verstanden wird
145 und Barrierefreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung strukturell in allen
146 kommunalen Bereichen verankert sind. Unser Ziel ist ein Braunschweig, in dem
147 Vielfalt gelebt wird und niemand aufgrund körperlicher oder psychischer
148 Beeinträchtigungen ausgeschlossen wird.

- 149
- 150
- 151
- 152
- **Barrierefreiheit konsequent umsetzen:** Wir setzen uns für verbindliche Standards bei Neu- und Umbauten, barrierefreie Haltestellen und Querungen, taktile Leitsysteme, inklusive Spiel- und Sportflächen sowie digitale Barrierefreiheit städtischer Angebote ein.
- 153
- 154
- 155
- 156
- **Teilhabe in Bildung, Arbeit und Kultur stärken:** Wir wollen inklusive Bildungsangebote ausbauen, Übergänge in Ausbildung und Arbeitsmarkt fördern sowie inklusive Kultur- und Freizeitangebote unterstützen. Städtische Veranstaltungen sollen barrierefrei gestaltet werden.
- 157
- 158
- 159
- 160
- **Selbstbestimmung und Mitwirkung sichern:** Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den Behindertenbeirat strukturell zu stärken, Beteiligungsverfahren und Wahlen barrierefrei zu organisieren und Betroffene frühzeitig in Planungsprozesse einzubeziehen.
- 161
- 162
- 163
- 164
- **Kommunalen Aktionsplan (KAP) konsequent umsetzen:** Wir setzen uns dafür ein, dass Inklusion als dauerhafter Auftrag in der Stadtverwaltung verankert bleibt und die Maßnahmen des KAP zügig und wirksam umgesetzt werden, um bestehende Barrieren systematisch abzubauen
- 165
- 166
- 167
- **Barrierefreie Stadtentwicklung:** Bei jedem städtischen Bauvorhaben sowie bei allen digitalen Angeboten der Stadt muss konsequent von Anfang an auf eine barrierefreie bzw. barrierearme Gestaltung geachtet werden.